

Brückenfinanzierung notwendig für Kompensationszahlungen

ÖFFENTLICHE BAUAUFTRÄGE – Südtirol sollte eine Brückenfinanzierung einrichten, um Baustellen am Laufen zu halten und die Liquidität der Unternehmen zu sichern, fordert das Baukollegium.

Bozen – Mit den sog. „Decreto sostegni-bis“ und „Decreto Aiuti“ wurde das Anrecht auf Kompensationszahlungen aufgrund von Preissteigerungen für Auftragnehmer von öffentlichen Ausschreibungen geschaffen. Dadurch erhalten die Bauunternehmer einen Ausgleich für die enormen Preissteigerungen, die bei Rohstoffen und Energie zu verzeichnen sind. Gäbe es diesen Ausgleichsmechanismus nicht, wäre bei vielen Baustellen Stillstand eingetreten, ist der Präsident des Baukollegiums, Michael Auer, überzeugt.

Unternehmen, die sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligt haben, erhielten die Zuschläge zu Zeiten, als auf dem Markt für verschiedene Rohstoffe noch ganz andere Preise herrschten. Als zu bauen begonnen wurde, hat sich die Situation komplett verändert, doch die Unternehmen wären auf den Mehrkosten sitzengeblieben bzw. hätten ihre Tätigkeit einstellen müssen.

Das „DL Sostegni-bis“

Im Dekret „Sostegni bis“ wurde ein Kompensationsmechanismus festgelegt, mit dem die Preissteigerungen bei öffentlichen Ausschreibungen etwas abgedeckt werden sollen. Basierend auf den vom Ministerium festgestellten Preissteigerungen für das 1. und 2. Halbjahr 2021 stehen den Unternehmen diesbezüglich für die erhobenen Materialien Kompensationszahlungen zu.

Das „DL Aiuti“

Das sog. „DL Aiuti“ sieht einige Verpflichtungen vor. So wird festgelegt, dass die Vergabestellen, die den Unternehmen entstandenen Mehrkosten in Bezug auf die in der Zeitspanne zwischen dem 1. Januar und dem



Foto: Shutterstock

31. Dezember 2022 ausgeführten und abgerechneten Arbeiten entstanden sind, ausgleichen. Die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Juli 2022 ausgeführt und abgerechneten Arbeiten zählen zum ersten Semester. Arbeiten, die zwischen dem 1. August und dem 31. Dezember 2022 ausgeführt und abgerechnet werden, zählen zum zweiten Semester. Der Antrag an den staatlichen Fonds für die Ausgleichszahlungen für das zweite Semester muss innerhalb 31. Januar 2023 erfolgen.

Ressourcen für Kompensationszahlungen

Nun gibt es allerdings ein Problem bei den Kompensationszahlungen. Diese müssen die lokalen Vergabestellen leisten. Nicht alle Vergabestellen verfügen aber über die notwendigen Ressourcen dafür. In diesem Fall konnten sie bei einem staatlichen Fonds um einen Teil der Gelder ansuchen. Das „Decreto sostegni-bis“ bezieht sich dabei auf

die im Jahr 2021 geleisteten Arbeiten. Das „Decreto Aiuti“ bezieht sich auf die Arbeiten des Jahres 2022.

Gelder aus staatlichem Fonds noch nicht bezahlt

Das Problem ist allerdings, dass dieser staatliche Fonds bisher noch keine Gelder an die Vergabestellen, welche ein Ansuchen daran gestellt haben, ausbezahlt hat. Diese warten wiederum auf die Gelder des staatlichen Fonds, um die Kompensationszahlungen vorzunehmen. Viele Südtiroler Unternehmen warten deshalb immer noch auf die ihnen zustehenden Kompensationszahlungen, was Folgen für die Liquidität der Betriebe hat und damit auch auf das Fortlaufen der aktuellen Baustellen Auswirkungen haben könnte.

Zwischenfonds für Südtirol einrichten

Um die Situation zu lösen, schlägt das Baukollegium vor, dass das Land Südti-

rol Gebrauch von der Möglichkeit machen sollte, einen sog. Zwischenfonds als Brückenfinanzierung für die Vergabestellen einzurichten. „Dieser sollte, ähnlich einem Rotationsfond, in der Zwischenzeit die Gelder auszahlen, die er anschließend vom staatlichen Fonds wieder zurückbekommt“, so Auer.

Weiterarbeiten möglich machen

Den Vergabestellen bzw. dem Land Südtirol würden dadurch keine Mehrkosten entstehen, für die heimischen Bauunternehmen handelt es sich dabei aber um eine dringend notwendige Maßnahme, um die Liquidität sicherzustellen und ein Weiterarbeiten möglich zu machen. „Wir hoffen deshalb darauf, dass dieser Zwischenfonds bzw. die Brückenfinanzierung so rasch als möglich verwirklicht wird. Zum Wohle der lokalen Bauwirtschaft, aber auch der vielen Vergabestellen Südtirols“, so Auer.



INFOS Fabrizio Rensi, Dr. jur., ist Verantwortlicher der Rechtsabteilung im Unternehmerverband Südtirol und steht allen Mitgliedsunternehmen für Fragen und Auskünfte zur Verfügung (f.rensi@unternehmerverband.bz.it).



Tanja Zierhöld, Dr. jur., ist Mitarbeiterin der Rechtsabteilung im Unternehmerverband Südtirol und steht allen Mitgliedsunternehmen für Fragen und

Auskünfte zur Verfügung (t.zierhoeld@unternehmerverband.bz.it).

Landeshaushalt: Investitionen bedeuten Zukunft

Bozen – Südtirol wird für das kommende Jahr über einen Rekord-Landeshaushalt in Höhe von 6,69 Milliarden Euro verfügen. 80 Prozent der Ausgaben stehen für laufende Kosten zur Verfügung, der Rest für Investitionen. „Uns ist klar, dass mit diesen 80 Prozent an fixen Ausgaben viele wichtige Kapitel abgedeckt werden – Sanität, Bildung, Soziales und Familie. All dies sind selbstverständlich wichtige Haushaltsposten, die auch die notwendige finanzielle Ausstattung brauchen. Dennoch braucht es unbedingt Investitionen. Wir wünschen uns daher, dass nicht nur die Investitionen überprüft werden, sondern der gesamte Landeshaushalt endlich auf den Prüfstand kommt. Wir sind überzeugt, dass überall Einsparungsmöglichkeiten zu finden sind, etwa durch gezielte Effizienzsteigerungen und es dadurch wieder mehr Raum für Investitionen gibt“, so der Präsident Michael Auer im Namen des Präsidiums des Baukollegiums.

Denn Investitionen sind wichtig, damit Südtirol auch weiterhin wettbewerbs- und zukunftsfähig bleiben kann, so das Präsidium. „Investitionen sind durchdachte Entscheidungen, die aufgrund von Notwendigkeiten getroffen werden. Es handelt sich dabei schließlich um zukunftsweisende Projekte – Stichwort Digitalisierung, Energiewende, nachhaltige Wassernutzung, zukunftsfähige Infrastrukturen. Wird in solche Vorhaben investiert, so kann in eine beunruhigende Phase, wie wir sie derzeit erleben, Zuversicht und Sicherheit gebracht werden“, unterstreicht Präsident Auer.

Bei den laufenden Ausgaben gehe es darum, effizienter zu werden und auch Kosten zu sparen: „Eine schlanke Verwaltung, weniger Bürokratie, Doppelgleisigkeiten vermeiden, Dienste vereinfachen – es gibt zahlreiche Ansatzpunkte, die auch in Anbetracht des demographischen und digitalen Wandels unbedingt anzugehen sind.“

Wichtig sei zudem auch, die Spielräume zu nutzen, um Familien und Unternehmen steuerlich zu entlasten. Die Möglichkeiten für lokale Steuerenkungen müssen voll ausgenutzt werden, fordert das Präsidium des Baukollegiums. ●

Vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen

IM GESPRÄCH – Die Bauwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. **Neben den Preisexplosionen wird der Arbeitskräftemangel das Thema der Zukunft sein**, meint Franz Marx, Vizepräsident des Baukollegiums, im folgenden Gespräch.

Schlanders – In dieser Ausgabe der Seite des Baukollegiums wollen wir ein weiteres Mitglied des Präsidiums näher vorstellen. Franz Marx führt gemeinsam mit seinem Sohn Alexander die Marx AG, die ihren Sitz in Vetzan bei Schlanders hat. Das Unternehmen wurde 1957 gegründet und ist hauptsächlich im Tiefbau tätig. Aktuell beschäftigt die Marx AG rund 95 Mitarbeiter und erwirtschaftet einen Umsatz von ca. 26 Mio.

Herr Marx, wie schätzen sie die aktuelle Lage für das Baugewerbe in Südtirol ein?

Nachdem wir nach Corona sehr positiv in die Zukunft geblickt haben, hat sich die Lage nun stark verändert. Die abnormalen Preissteigerungen haben gravierende Folgen für die Bauwirtschaft. Wir haben dadurch weniger Aufträge für nächstes Jahr, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich. Die privaten Auftraggeber warten ab, hoffen dass die Preise zurückgehen. Im öffentlichen Bereich ist man ebenfalls mit Ausschreibungen vorsichtig, zumal die Preise nun deutlich höher liegen.

Wie wird sich die Situation in den kommenden Monaten, Jahren, ihrer Ansicht nach entwickeln?

Meiner Meinung nach wird sich diese Situation erst Mitte bis Ende nächsten Jahres normalisieren, wenn eine Preisstabilität eintritt. Heute weiß der Auftraggeber leider nicht, was er am Ende für ein Bauwerk bezahlen muss, einfach weil sich die Preise für die Rohstoffe kontinuierlich verändern. Das sorgt natürlich für große Unsicherheit. Wenn sich die Preise stabilisieren, kann wieder längerfristig geplant werden. Auch wenn Bauen teuer ist, weiß ich

zumindest, wie hoch am Ende die Rechnung ausfällt.

Ein brennendes Thema wird sicher der Arbeitskräftemangel in den nächsten Jahren sein – das Thema betrifft alle Bereiche! Als Baubranche müssen wir zeigen, dass wir attraktive Arbeitsplätze bieten können, mit einer guten Bezahlung und tollen Aufstiegsmöglichkeiten.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Ich zähle darauf, dass wir die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit un-



Franz Marx

seren öffentlichen und privaten Kunden, mit denen wir seit Jahrzehnten sehr gut zusammenarbeiten, fortsetzen werden. Wenn uns das gelingt, trotz nicht einfacher Zeiten, dann schaue ich optimistisch in die Zukunft. Bauen bedeutet Zukunft. Gemeinsam wird es uns gelingen, die Schwierigkeiten zu überwinden. ●